



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Ruth Waldmann, Margit Wild, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Harald Güller, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Keine weitere Zeit verstreichen lassen – Wohnbauoffensive für Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre wohnungspolitischen Anstrengungen auf Landesebene dergestalt zu verstärken, dass der Bau von 100.000 Wohnungen pro Jahr – darunter 20.000 geförderten Wohnungen – ermöglicht wird. Damit sollen die bundespolitischen Maßnahmen wirkungsvoll flankiert werden.

Begründung:

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zeigt sich die Staatsregierung nach wie vor erschreckend unambitioniert, was die Formulierung bedarfsgerechter Zielmarken sowie entsprechende politische (finanzielle wie inhaltliche) Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Bayern anbelangt. Dabei drängt die Zeit; denn der Bundesvergleich offenbart, dass sich unter den deutschen Städten, die in den vergangenen Jahren die höchsten Wohnkostensteigerungen zu verzeichnen hatten, überwiegend bayerische befinden. Viele bayerische Kommunen, Genossenschaften und Wohnungsunternehmen beklagen dementsprechend berechtigterweise, vom Freistaat in dieser Hinsicht nur unzureichend unterstützt zu werden.

Wenn CDU und CSU nun dessen ungeachtet für die Jahre 2017 bis 2021 den Bau von 1,5 Millionen Wohnungen auf Bundesebene ankündigen, dann liegt dies lediglich leicht über dem derzeitigen Status quo bzw. den beispielsweise vom Münchner Ifo-Institut ohnehin für 2017 und 2018 prognostizierten Zahlen. Insbesondere kommt aber hinzu, dass die Staatsregierung auf Landesebene die Bemühungen des Bundes um eine wohnungspolitische Offensive immer wieder konterkariert, u. a. durch Halbierung der Landesmittel zur Mietwohnraumförderung für 2017. Eine bedarfsgerechte Wohnungspolitik müsste demgegenüber darauf ausgerichtet sein, die Anstrengungen auf Landesebene dergestalt zu verstärken, dass der Bau von 100.000 Wohnungen pro Jahr (darunter 20.000 geförderten Wohnungen) ermöglicht wird.